

“Arbeitsweltberichterstattung”? Eine Fehlanzeige mit Blick nach vorn

Ernst Kistler, Peter Bartelheimer, Markus Hilpert, Dorit Sing

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Kistler, Ernst, Peter Bartelheimer, Markus Hilpert, and Dorit Sing. 1998.
“Arbeitsweltberichterstattung”? Eine Fehlanzeige mit Blick nach vorn.” *Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung* 1998 (Sonderband: Beobachtungsfeld Arbeit): 321–33. <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/10004>.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/>



„Arbeitsweltberichterstattung“? – Eine Fehlanzeige mit Blick nach vorn

Ernst Kistler, Peter Bartelheimer, Markus Hilpert, Dorit Sing

INIFES Stadtbergen und IfS Frankfurt

Welche ersten Schlußfolgerungen können aus den Beiträgen in diesem Band und den Diskussionen der Ladenburger Tagung 1997 für ein Unterfangen wie die Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung gezogen werden? Die Europäische Kommission hat in einem breiteren Themenzusammenhang jüngst ein Ziel formuliert, das auch für die regionale und nationale Ebene gelten kann:

„Hier geht es nicht nur um die Harmonisierung von Statistiken, sondern um die Schaffung eines wissenschaftlichen Systems der sozialen Berichterstattung, das die Grundlagen zum Verständnis der sozialen und ökonomischen Entwicklung schaffen soll“ (Europäische Kommission 1997, S. 11).

Es geht also nicht nur um das Vergleichbarmachen, Sortieren und Zusammenführen von Daten und Statistiken, sondern um ein wissenschaftliches System der Informationsgenerierung und um den Transfer in die soziale und politische Praxis (und in den Wissenschaftsbetrieb) hinein. Bei entsprechenden Überlegungen ist zu beachten, was Noll (1997, S. 9) über die deutsche Sozialberichterstattung geschrieben hat:

„Das Erscheinungsbild der Sozialberichterstattung ist hier ... durch die Pluralität von Akteuren, Beiträgen, Konzepten und Formen der Berichterstattung geprägt“.

1. Datenlücken und monokausale Sichtweisen als Hauptprobleme

Mehr noch als in anderen Themenbereichen wird für das Themenfeld Technik, Arbeit und Gesellschaft die Vielzahl der Akteure und der berührten Politikfelder ein besonderes Problem bleiben. Auch gibt es nicht „die eine große Entwicklungstendenz“ von Arbeit, die von einer oder wenigen kongruenten Ursachen getrieben würde (und damit auch leicht einer monolithischen Lösung zugänglich wäre). Hier gilt die gleiche Skepsis gegenüber verengten Diagnosen und einseitigen Patentrezepten, wie sie Kaufmann (1997) kürzlich auf verwand-

tem Feld für die Sozialpolitik bzw. überhaupt für den Sozialstaat gefolgt hat. Solche Einsicht in die Komplexität von Problemen und ihren Ursachen bedeutet allerdings nicht zwingend, auf die Suche nach besser integrierten Politikansätzen zu verzichten, die abgestimmtere Entwicklungspfade und eine konzisere Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung anstreben.

„Voraussetzung konsensueller Problemlösungen sind jedoch nicht nur gemeinsame Wertüberzeugungen, sondern auch gemeinsame Problembestimmungen und Situationsbeschreibungen“ (ebd., S. 194).

Sicherlich besteht auf internationaler wie auf nationaler Ebene die Gefahr, daß eine einmal etablierte „integrierte“ Sozialberichterstattung saturiert und inflexibel wird, daß sich Klientele bilden und daß ein Berichtswesen sich in einer vordergründigen „Harmonisierung der Statistik“ verliert, „welche den institutionellen Kontext vernachlässigt und dadurch mit fatalen Täuschungen nicht fertig wird“ (Ziegler 1998, S. 42).¹ Es spricht einiges dafür, daß Sozialberichterstattung – oder Wissenschaft überhaupt – weniger in der Politik bewegen kann, als sie etwa selbst bewegen möchte.² Die Ignoranz der Politik gegenüber unbequemen Befunden aus den Sozialwissenschaften ist groß und fällt um so leichter, je dynamischer die Umbrüche in der Arbeitswelt sind bzw. je komplexer diese Befunde ausfallen. Forschungsergebnisse, die der Komplexität der Realität gerecht werden, sind der Öffentlichkeit deswegen um so schwerer vermittelbar. Daß gerade im Wahljahr 1998 gehäuft versucht wird, einschlägige Berichte und Studien nicht oder zumindest verspätet zu veröffentlichen (Zehnter Kinder- und Jugendbericht; Bayerischer Sozialbericht; Niedersächsischer Armutsbericht; Bericht der „Notlagen-Kommission“; AVID-Studie von Infratest; ISG-Studie zur geringfügigen Beschäftigung, auch: Demographie-Enquête), sollte nicht Anlaß zur Resignation sein. Diese Beispiele zeigen im Gegenteil, wie wirksam solche Berichterstattung sein kann, wie sehr sie das „Heile-Welt-Spiel“ der Wahlkampfstrategen zu treffen vermag. Nicht umsonst werden (auch in anderen Ländern) Veränderungen in der Arbeitslosenstatistik gern vor Wahljahren vorgenommen, ja sogar Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik offensichtlich mit Blick auf Wahltag terminiert.

Auch die Arbeitsmarkt- und Arbeitsweltberichterstattung, so könnte man in Anlehnung an Hausers Beschreibung der Armutsberichterstattung formulieren, ist

- 1 Wir klammern hier den „wissenschaftsorganisatorischen“ Aspekt aus, der einer eigenen Betrachtung wert wäre – vgl. z.B. in anderem Kontext Renner (1997) mit einschlägig wichtigen Forschungsfragen.
- 2 „Und für die Sozialwissenschaften möchte ich doch beanspruchen, daß sie sowohl erfolgreich wissenschaftliche Probleme lösen wie auch zu praktischen Problemlösungen (etwa durch Entscheidungshilfen) beitragen kann“ (Zapf 1998, S. 508).

„in Deutschland ... noch kein allgemein anerkannter und nach etablierten Standards bearbeiteter Teilbereich der Sozialberichterstattung. Dies mag an der politischen Brisanz der Thematik liegen und mit der immer noch ungenügenden Datenlage oder auch mit der unscharfen Abgrenzung des Untersuchungs- und Berichtsobjekts ... zusammenhängen.“ (Hauser 1997, S. 19ff.)³

Dies liegt vielleicht auch daran, daß Berichte in diesem Politikfeld im Vergleich zu anderen Formen institutionalisierter amtlicher oder wissenschaftsgetragener Berichterstattung stärker kausal als final orientiert sind.

2. Nötige Synthesearbeit

Daß beim Thema Arbeitswelt, verglichen z.B. mit dem Thema Armut, eine Reihe etablierter Akteure und Beobachter (IAB/Bundesanstalt für Arbeit, wirtschaftswissenschaftliche Institute usw.) in erheblichem Maße eigene „Datenmassive“ erstellen und bearbeiten, macht die Datenlage zwar im Prinzip besser, aber deshalb sind diese Daten noch lange nicht übersichtlicher oder besser mit denen aus anderen Feldern der Sozialberichterstattung verknüpfbar. In diese Dschungel Schneisen zu legen und Brücken zu bauen, die für eine verstärkte Verknüpfung sorgen können, bedarf guter Vorbereitung. Der Forschungsverbund Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung will diese Aufgabe zunächst in seinen bevorstehenden Jahrbüchern 1998 und 1999 schrittweise angehen. Der Weg ist ganz wie im richtigen Leben weit und steinig.

Von den Datenbeständen aus gesehen läßt sich idealtypisch eine Art Kontinuum vorstellen, das mit der kontemplativen Zusammenschau vorhandener Daten aus verschiedensten Quellen⁴ beginnt und über Harmonisierungsbemühungen bei der Datenerhebung und Datenbereitstellung bis zu – schon wesentlich

3 Es ist darauf hinzuweisen, daß in diesem doch neuen Reader über den Stand der Sozialberichterstattung in Deutschland der Bereich „Arbeitswelt/Arbeitsmarkt“ nicht enthalten ist. Ebenso werden in den Datenreports des Statistischen Bundesamts (vgl. Noll; Bartelheimer/Kratzer in diesem Band) weder im objektiven noch im subjektiven Teil Themen wie Teilzeitarbeit, Nicht-Normarbeitsverhältnisse anders als am Rande angesprochen. Das Thema „Technik“ wurde in den Datenreports nur einmal (und da eher zufällig und in einem eher arbeitsweltfernen Umgriff) vertieft. Die Auswirkungen der Arbeitswelt und der Wirtschaft sowie die Rückwirkungen aus der Gesellschaft (bis hin zur Exklusion von z.B. „bildungsarmen“ Gruppen, Nichtdeutschen usw.) werden zu wenig fokussiert.

4 Der Anteil der Arbeiten im Themenbereich, die sich auf so ein Vorgehen und die damit verbundenen Plausibilitätsargumente stützen müssen, ist größer als man denkt. Aufgrund der Unübersichtlichkeit der Datenlage und der disziplinären bzw. methodischen Fragmentierungen ist er aber auch größer, als er eigentlich sein müßte!

anspruchsvolleren und aufwendigeren – Techniken der (Einzel-) Datenverknüpfung (statistischen Zusammenhangsanalysen, Data-Matching und Mergefiles) und eventuell sogar zur Schaffung spezieller neuer Datenbestände reicht. Letzteres käme vor allem in Überschneidungsbereichen und an denjenigen Schnittstellen in Betracht, an denen aktuelle neue Entwicklungen mit der herkömmlichen, vor allem prozeßproduzierten Statistik nicht mehr ausreichend abgebildet werden.

Daß man schon bei dem, was wir häufig als vergleichende Sekundäranalyse betreiben, also bei der Zusammenschau vorliegender Datenbestände bzw. auch qualitativer Befunde in analytischer Absicht, auf höchst interessante und politik- bzw. praxisrelevante Ergebnisse stößt (vgl. die Jahrbücher Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1992 bis 1997), bestärkt uns in der Überzeugung, das geplante Unterfangen einer Berichterstattung über die „Gesellschaftliche Organisation von Arbeit“ könne spannend und ergebnisträchtig werden. Die Aussicht, dabei sehr schnell essentielle Datenlücken zu identifizieren und – Konkurrenz belebt das Geschäft – sicher auch einige Diskussionen über „Claims“ anzustoßen, sehen wir als reizvoll an. Dies nicht zuletzt deswegen, weil das geplante Unterfangen deutlich quer zu den bestehenden Berichtssystemen und Datenbeständen liegt und schon von daher stärker analytisch begründete „externe Anregungen zur statistischen Weiterentwicklung“ (Hahlen 1996, S. 5) erbringen kann und soll.

Mit der bestehenden Patchwork-Statistik zu diesen Thematiken, bestehend aus vielen prozeßproduzierten Verwaltungsdaten, einigen sehr elaborierten Datensätzen der amtlichen Statistik, der wissenschaftsgetragenen Sozialberichterstattung und anderer Akteure wie z.B. des IAB, sowie vielen meist weniger elaborierten (obwohl teils hochinteressanten) Einzelstudien und -statistiken, läßt sich wohl ein „Stoff“ weben, der aber viel „Datenmüll“ und noch mehr „Löcher“ enthält. Ein „flockiger Umgang mit der Empirie und Theorie flockiger Beschäftigungsverhältnisse“ (vgl. Senatsverwaltung 1998, S. 43) könnte sich in der Politik, der von neoliberaler Seite mit den Schlagworten von der notwendigen Anpassung an ökonomische Zwänge, vom Sozialstaatsumbau und vom schlanken Staat in Wirklichkeit ein Abriß des Sozialstaats und eine Rückkehr in den finstersten Manchesterkapitalismus anempfohlen wird (vgl. v.a. Kommission für Zukunftsfragen 1997), arbeitsmarkt- und sozialpolitisch schnell als zu wenig tragfähig, ja gefährlich herausstellen.

Es geht um zentrale Zukunftsprobleme. 74% der in der jüngsten deutschen Delphi-Studie von 1998 befragten Experten stimmten (für ein Zeitfenster zwischen 1999 und dem Jahr 2006) der folgenden Aussage zu:

„Der technische Fortschritt und die globale Umverteilung der Arbeitsplätze steigern die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den meisten entwickelten Industrieländern dauerhaft“.

Nur 22% der befragten Experten aus verschiedensten Disziplinen äußerten zu dieser düsteren Prognose keine Zustimmung (vgl. Cuhls et al. 1998, S. 13). Derartige Prognosen verdrängen in letzter Zeit die These, der demographische Wandel, d.h. der Geburtenrückgang könne in wenigen Jahren oder Jahrzehnten eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bringen (vgl. Deutscher Bundestag 1994, S. 212; INIFES, ISF, SÖSTRA 1998).

Sicherlich steht im Hintergrund die entscheidende Frage, ob auf lange Sicht Massenarbeitslosigkeit herrschen werde, ja ob nicht nur die deutsche Berufs-, sondern gar die internationale (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft zu Ende gehe, und welche verteilungspolitischen Implikationen das hätte. Dem entsprechen – je nach Grad der Zustimmung zu dieser These – auch völlig unterschiedliche Politikkonzepte bis hin zu einem resignativen Verzicht auf ein staatliches Gegensteuern gegenüber diesem makroökonomischen Marktversagen. Doch auch unterhalb dieser alles andere überschattenden Frage zeigen die bestehende amtliche Statistik und die wissenschaftsgetragene Sozialberichterstattung erhebliche Diagnose- und Prognoseunsicherheiten bei einzelnen Kriterien, die für die Veränderungen in Wirtschaft, Arbeit, Technik und Gesellschaft wichtig sind.

Beispiele hierfür sind die aktuellen Diskussionen zur Entwicklung der Nicht-Normarbeitsverhältnisse (vgl. Bartelheimer und Kistler/Sing in diesem Band) oder zur „Entgrenzung von Arbeit“ (vgl. Kratzer/Döhl/Sauer in diesem Band), aber auch die erheblichen Datenlücken und Unsicherheiten darüber, welche Auswirkungen die organisatorischen und technischen Veränderungen an den Arbeitsplätzen hinsichtlich der Belastungen und Beeinträchtigungen der Arbeitnehmer haben (vgl. IfS, INIFES, ISF, SOFI 1993; Bielenski 1997⁵). Letzteres ist besonders bedenklich, wenn die Perspektive stimmt, daß

„... nur noch minoritäre Teilsegmente der Industriearbeit der Fortschrittsperspektive zugeordnet werden können, für wachsende Mehrheiten sich aber der Trend wendet“ (Schumann 1998, S. 458).

Hierher gehört auch die Schwierigkeit, wichtige Fragestellungen für die nächste Berufsverlaufsuntersuchung anhand tragfähiger empirischer Belege in eine Prioritätenreihung zu bringen (wie jüngst auf einer Konferenz von BIBB und IAB versucht). Auch Thesen, wonach unterbrochene Berufsverläufe, „Bastelbiographien“ und die Dynamik der Arbeitslosigkeit (vgl. z.B. Mutz 1996; Beck 1986) als Tendenz wichtiger seien als eine breiter auftretende und länger dauernde Langzeitarbeitslosigkeit (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1997; Karr 1997) oder als die zunehmende völlige Verdrängung vom Arbeitsmarkt (discouraged

5 Bielenski äußert sich in entwaffnender Klarheit sowohl über den Mangel an Daten zu diesen Fragen als auch darüber, daß zudem noch Auswertungsmöglichkeiten ungenutzt bleiben.

workers), mögen eingängig sein, bleiben aber dringend genauer zu prüfen. Zumindest sprechen eine Reihe von Indikatoren gegen die Annahme eines „hyperflexiblen Turboarbeitsmarktes“ (vgl. Knuth 1998; Senatsverwaltung 1998, S. 56f.) – von dessen Sinnhaftigkeit ganz abgesehen (vgl. Sennett 1998). Noch mehr spricht wohl gegen den Versuch, auf breiter Front „prekärere“ Arbeitsverhältnisse als arbeitsmarktpolitisches Rezept zu empfehlen, ohne empirische Belege zu den Konsequenzen (vgl. z.B. zur „Innensicht“ der amerikanischen Entwicklung Schmitt u.a. 1998) wirklich zur Kenntnis zu nehmen.

Daß Antwortmöglichkeiten zu diesen beispielhaften Fragestellungen fehlen und die Forschung dazu bisher nur sehr lückenhaft ist, birgt ein doppeltes Risiko. Erstens besteht die Gefahr, die Probleme herunterzuspielen, da an den globalen Tendenzen sowieso nichts zu ändern sei und etwaige negative Folgen und Opfer als notwendige Konsequenz der ja eigentlich wünschenswerten Individualisierung und Vermarktlichung zumindest hingenommen werden müßten; manchmal, wie z.B. in der Debatte zur Arbeitszeitverkürzung, werden entsprechende Folgeerscheinungen sogar als von immer größeren Segmenten der Bevölkerung gewünscht dargestellt. Zweitens verstellt die ungenügende Datenlage in diesen Bereichen den differenzierten Blick auf Ursachen – und leistet dem beliebten, aber unsinnigen Spiel der Standort-Debatten Vorschub, die alle paar Monate ein anderes Land als „Vorbild“ hinstellen (einen wirklichen Vergleich der deutschen mit der dortigen Situation aber stets schuldig bleiben müssen). Ohne eine solche differenzierende Ursachenanalyse ist aber weder an ein begründbares Gegensteuern durch den Staat oder z.B. die Gewerkschaften noch an eine Mobilisierung von Betroffenen zu denken.

3. Wird Nicht-Wissen verhaltensprägend?

„In Zukunft wird .. in zunehmender Weise nicht das Wissen, sondern das Nicht-Wissen verhaltensprägend. Wesentlich wird dabei die Erkundung des Verhältnisses zwischen Wissen und Nicht-Wissen.“

Dies schreibt Atteslander (1993, S. 370) mit Blick auf die von Beck herausgearbeiteten Dimensionen des Risikos als Realität bzw. Konstrukt und deren Einfluß auf Einstellungen. Mit Bezug auf die Ausführungen Gesers zur „Theorie des Unterlassens“ fährt Atteslander fort:

„Das Nicht-Handeln hat offensichtlich ähnliche Schutzfunktionen wie das Nicht-Wissen. Angesichts neuer gesellschaftlicher Risiken und Gefahren kann das Nicht-Wissen-Wollen eine Verengung der Selektionsfilter bei dem Einzelnen bewirken und so zu einer Einschränkung des Handelns führen, möglicherweise zu

einer Verfestigung des Verhaltens, das sich in vielen Fällen als schmerzliche Fehlanpassung erweisen kann“ (ebenda, S. 371).

Diese Beschreibung trifft sehr gut, wie in den gesellschaftlichen Debatten und Zukunftsentwürfen mit der Empirie und Theorie der Veränderungen von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft umgegangen wird. Wissen oder Nicht-Wissen sind insofern sicherlich „zwei Perspektiven ‘reflexiver Modernisierung’“ (Beck 1996) – es dürfte aber nicht ausreichen, nur „den Blick dafür begrifflich zu eröffnen und zu eichen“ (Beck u.a. 1996, S. 10). Mehr gesicherte und fundierte Empirie ist genauso nötig, um willkürlichen Deutungen Einhalt zu gebieten. Wie in den Beiträgen von Bartelheimer und Kistler/Sing sowie Kratzer/Döhl/Sauer in diesem Band schon ausgeführt, herrscht gerade über das Problem der zunehmenden Nicht-Normarbeitsverhältnisse ein großes Maß an Unklarheit. Schon die quantitativen Befunde bleiben widersprüchlich, von den auch qualitativ zu hinterfragenden Konsequenzen geringfügiger Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit usw. noch ganz abgesehen. In den Daten klaffen jedenfalls große Lücken; viele Datenquellen sind nicht kompatibel, und in hohem Ausmaß sind Schätzungen nötig. Dennoch kommt gerade die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen zu aus ihrer Sicht eindeutigen Aussagen. Während selbst in den Expertisen für die Kommission vor Unsicherheitsbereichen gewarnt wird, weshalb Zeitreihen allenfalls Orientierungspunkte liefern könnten⁶, verweist die Kommission zwar an vielen Stellen auf den unbestreitbaren Bedarf an mehr und besseren Daten und Forschungen, legt in die dann extrem verkürzt vorgestellten Zahlen aber Trends hinein, die sie entsprechend ihrer neoliberalen Modellwelt noch dazu völlig einseitig interpretiert, wobei sie die heterogenen Ursachenbündel willkürlich verkürzt.⁷ Das Ergebnis stellt sie als naturgegebene, unabänderliche Entwicklungen dar, an die es sich anzupassen gelte. Wie genau, warum und mit welchen Folgen z.B. geringfügige Beschäftigungsverhältnisse entstehen und sich entwickeln, bleibt außerhalb der

6 Dies gilt für viele der im Auftrag der Kommission erstellten Gutachten. Exemplarisch seien nur die Themen „Überwindung des Mittelschichtbias beim Ehrenamt“, „Entwicklung der Einkommensverteilung“, „Frauenerwerbsneigung“, „Makroökonomische Zusammenhänge“ und „Arbeitseinstellungen“ genannt.

7 Als besonders ärgerlich ist hier anzumerken, wie sehr die Kommission für Zukunftsfragen bemüht ist, auch prominente Befunde zu verschweigen, die ihrer Ideologie entgegenstehen. Beispiele hierfür sind neuere Forschungen von OECD, EU-Kommission u.a. zu Auswirkungen von Lohnspreizungen auf die Beschäftigung, zur Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit und zur Mobilität von Arbeitnehmern. Daß die Kommission daneben gerade in der internationalen Komparatistik („Lohnstückkosten“, „Lohnnebenkosten“ usw.) in einer Weise argumentiert, die Paul Krugman treffend als „Pop Internationalism“ karikiert, fügt sich nahtlos ins Bild: „How can so many sophisticated people be so wrong?“ (Krugman 1996, S. 52).

Betrachtung. Zweifellos ist ein Gutteil dieser Ignoranz ideologisch bedingt und entspringt dem „Nicht-Wissen-Wollen“ im Sinne von Atteslander (siehe oben): Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Zum anderen Teil aber tragen die tatsächlichen Lücken im empirischen Kenntnisstand über die Entwicklung der Arbeit zu dieser Misere bei. Hier wird dann jenseits der politischen Auseinandersetzung tatsächlich Nicht-Wissen verhaltensprägend. Wesentliche Aspekte der Veränderungen in der Arbeitswelt sind deswegen so wenig durchleuchtet, und große Lücken in der gesellschaftlichen Berichterstattung bestehen deshalb, weil es für zentrale Fragestellungen im gesellschaftlichen Macht- und Verteilungskampf zu wenig Nachfrage nach exakteren, aussagefähigeren Daten und Ergebnissen gibt – konkret auch: zu wenig staatliche und private Forschungsförderung und eine zu restriktive, konservative Statistikgesetzgebung. Die Historie der Verteilungsstatistik ist ein beredtes Beispiel hierfür.

Für das politische Alltagsgeschäft mag Nicht-Wissen manchmal bequem sein; auch ein unvollständiges Wissen kann im Sinne der eigenen Werte, Normen und Interessen als ausreichend erscheinen, weil sie für den jeweiligen Akteur oder das jeweilige gesellschaftliche Funktionssystem „seine Welt konstituieren und den Horizont seiner Optionen abstecken“ (Willke 1996, S. 705). Aufgabe der Wissenschaft ist es aber, diesen Horizont zu erweitern und die so festgefühten Vorurteilsstrukturen zu zerstören (vgl. Ziegler in diesem Band), und hierzu sollte auch ihr „Hilfsmittel“ Sozialberichterstattung beitragen. Wissenschaft und Sozialberichterstattung müssen strukturiert zeigen, was die Akteure nicht wissen, und zugleich Angebote und Vorschläge machen, auf welche Weise – in wie kleinen Schritten auch immer – ein Wissen verfügbar gemacht werden kann, das den Horizont erweitert:

„Um die Bedingungen für positive Koordination der autonomen und eigenlogischen Systeme einer Gesellschaft zu schaffen, ist architektonisches Wissen neuer Art erforderlich, Wissen über eine Qualität von Relationen, die den für das Gesamtsystem schädlichen Exzeß der partikularen Rationalitäten zivilisiert, zu unschädlichen oder gar nützlichen Regeln der Abstimmung transformiert“ (Willke 1997, S. 131).

So verstanden, wäre Sozialberichterstattung Teil einer „wissensbasierten Infrastruktur“ (vgl. Willke 1996).

Zugegeben: Auch die Schere im Kopf vieler Wissenschaftler selbst (im Bereich außeruniversitärer Politikberatung wie auch in den universitären Klettersteigen) spielt eine Rolle, wenn dieses Konzept nicht so funktioniert, wie es wünschenswert wäre. Die disziplinären Abschottungen und die Austrocknung kritischer Wissenschaft durch die Dominanz bestimmter Schulen (zur Zeit wohl am deutlichsten in den Wirtschaftswissenschaften) tragen ein übriges zu der Gefahr bei, daß auch im politischen Bereich Nicht-Wissen verhaltensprägend wird.

Nicht zu leugnen ist auch, daß der Dialog zwischen verschiedenen Berichtssystemen, konkret zwischen verschiedenen sogenannten „Herren der Daten“, immer noch recht unterentwickelt ist und übrigens auch erst langsam durch einen breiteren Datenzugang für Wissenschaftler fruchtbar zu werden beginnt. Immer wieder bestätigt sich die Erfahrung aus der bisherigen Arbeit des Verbundes Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung, daß auch das Nicht-Wissen über existierende Daten weit verbreitet ist. All diese Ursachen tragen mit dazu bei, daß es bisher kaum gelingt, Kennziffern aus verschiedenen Bereichen und Berichtssystemen auf ihre Indikatorqualität hin zu hinterfragen, in der eigentlich nötigen Form zusammenzuführen und damit auch tragfähige Pfeiler für die dringend nötigen „Mikro-Makro-Brücken“ und für die Verbindung quantitativer mit qualitativer Forschung einzurammen.

Eine Korrelation von Aggregatdaten und Makroindikatoren, wie sie Biedenkopf (1997, S. 818) fordert, kann dabei nur ein begrenzter Schritt sein, auch wenn er – zugegeben – bisher viel zu wenig gegangen wurde. Einerseits befördert eine solche Strategie der Gesellschaftsanalyse, d.h. der Untersuchung des wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Wandels, wiederum die Tendenz zu monokausalen Erklärungen und eindimensionalen Handlungsempfehlungen für die Politik. Etwa werden im Sinne eines verkürzten *Benchmarking* einzelne Politikmuster (wie das amerikanische oder niederländische „Jobwunder“) vorschnell plausibilisiert, wo es für eine tragfähige Analyse doch auf multiple Ursachenbündel und für die Politik wohl auch „auf die Mischung ankommt“ (vgl. Klauder 1998). Vielmehr sind zusätzlich zu diesen (im Sinne Biedenkopfs: korrelativen) Aggregatanalysen mit herkömmlichen und neuen quantitativen Daten auch qualitative und differenzierende Analysen nötig, welche die wahren Kosten und den wahren Nutzen der gegenwärtigen Umbrüche identifizieren helfen und Ursachen herausarbeiten.

4. Die nächsten Schritte

Es geht darum, die alten und neuen Organisationsformen des Wirtschaftens, die Technologien, die „neue“ und „alte“ Arbeit qualitativ differenzierter und aufgrund quantitativer und qualitativer Befunde, anhand von Mikro- und Makrodaten, vielleicht irgendwann auch mittels eigener Erhebungen, valider und reliabler zu erfassen – und immer wieder die Indikatorqualität zu prüfen.⁸ Dem

8 Dies sollte im Bewußtsein geschehen, daß entsprechende Forderungen und Bemühungen an sich nichts Neues sind. „Je tiefer man zu den die Lebenslage des einzelnen bestimmenden Kräften vordringt, desto unwägbare werden sie und entziehen sich exakter Messung“ (Bogs u.a. 1966, S. 24). erinnert sei in diesem Zusammenhang an die ent-

Verbund Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung muß es in Zukunft vor allem um eine Brückenfunktionen zwischen bestehenden Berichtssystemen gehen, wobei die Lücken und Erkenntnisdefizite aufzuzeigen sind.

Die bei den Diskussionen in Ladenburg geforderte „multiperspektivische Sichtweise“ (wonach Ursachen und Folgen von Veränderungen aus der Sicht von Unternehmen, Haushalten, Staat, Intermediären usw. zu betrachten sind; vgl. den Beitrag von Wolff) kann und soll nicht in ein isoliertes eigenständiges Berichtssystem überführt werden, das gar in eine Konkurrenz zu den bestehenden Berichtssystemen träte. Vielversprechender ist es, Anknüpfungs- und Verbindungspunkte zwischen bestehenden sektoralen Berichtssystemen in den Blick zu nehmen und die wissenschaftlichen Akteure selbst so in Richtung auf synthetische Arbeit zu organisieren, daß Synergieeffekte entstehen und die Möglichkeiten einer wechselseitigen Evaluation und Überprüfung der gewonnenen Erkenntnisse genutzt werden. Mit großer Freude und Erwartung sehen wir in diesem Sinne der künftigen Mitarbeit des IAB im Verbund Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung entgegen. Dadurch wird eine effizientere Abstimmung der Forschungen und der Berichterstattung möglich, die auch dem tatsächlichen Wissensbedarf der gesellschaftlichen Akteure entgegenkommt.

Unbestritten wird eine solche Vorgehensweise eine in hohem Maße „aufklärerische“ und damit „kritische“ Funktion haben. Daß dem so ist, zeigt der von Interessenvertretern in Ladenburg angekündigte Widerstand (vgl. Hagedorn in diesem Band). Gleich ob unter der Bezeichnung „Sozialberichterstattung“, „gesellschaftliche Berichterstattung“ oder „Dauerbeobachtung“ – gerade in ihrer kritischen Funktion, in ihrer Aufdeckung und vertiefenden, auch qualitativen Analyse von Zusammenhängen, kann die Forschung in den alten und neuen Feldern von Arbeit und Technik zur dringend nötigen „Verunsicherung der Praxis“ beitragen – einer Praxis, die zwar aufgrund ihrer eigenen Handlungslogiken gerade dies nicht will, sich dadurch aber selbst ihrer Handlungsmöglichkeiten zunehmend beraubt. Handlungsmöglichkeiten im Sinne einer gemischten Wirt-

sprechenden Aussagen der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (1977), die bereits auf die Daten- und Analyse-mängel „auf dem Verteilungsgebiet ähnlich wie bei der sektoralen Wirtschaftspolitik“ (ebd., S. 209) aufmerksam machte. Sie beklagte auch das Fehlen eines tragfähigen und „eigenständigen staatlichen wissenschaftlich-technischen Informationssystems“ und wies darauf hin, daß „der Engpaß bei den Beschäftigungsstatistiken zur Zeit weniger bei der Datensammlung als bei der Datenauswertung und -aufbereitung liegt“ (ebenda, S. 527). Schon damals vermißte sie eine „gutgegliederte Beschäftigungsstatistik“ (ebd.) und verlangte Verbesserungen beim „Indikatorensystem zur Messung des Arbeitskräftepotentials“ (ebd.). Unbestritten sind diesbezüglich Fortschritte erzielt worden, die jedoch von den laufenden Veränderungen im Bereich Arbeit und Wirtschaft bereits wieder überholt zu werden drohen (vgl. z.B. Köhler/Kopsch 1997).

schaftsordnung sind nicht nur ethisch unabdingbar (vgl. z.B. Höhle 1992, S. 128f.), sondern entgegen der neoliberalen Verballhornung von Adam Smith auch ideengeschichtlich begründet (vgl. Kerber 1997). Erst indem Informationslücken geschlossen werden oder doch wenigstens der weitere Informations- und Analysebedarf aufgezeigt wird, lassen sich die wirklich alternativen Handlungsoptionen herausarbeiten und den gleichermaßen unsinnigen pauschalen Vorschlägen von „mehr Staat“ oder „mehr Markt“ entgegenhalten.

Sozialberichterstattung ist dort am problematischsten, wo sie am wirkungsvollsten sein könnte – so dürfte ein Merksatz aus den Diskussionen in Ladenburg über die notwendige Synthese von wissenschaftlichen und politischen Fragestellungen lauten. Der Verbund Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung wird dem in den nächsten anstehenden Jahrbüchern – 1998 zum Thema „*Technik und Arbeitsmarkt*“; 1999 zum Thema „*Technik, Qualifikation und Innovation*“ – Rechnung zu tragen versuchen. Gelänge zu diesen Themen eine Verbindung qualitativer Fallstudien mit Surveys (vgl. Oberbeck in diesem Band), so wäre dies ein wichtiger Baustein „wissensbasierter Infrastruktur“.

Literatur

- Atteslander, P. (1993): Methoden der empirischen Sozialforschung (7. Aufl.). Berlin, New York
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.
- Beck, U. (1996): Wissen oder Nicht-Wissen? Zwei Perspektiven „reflexiver Modernisierung“. In: Ders.; Giddens, A.; Lash, S. (Hg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt/M., S. 289ff.
- Beck, U.; Giddens, A.; Lash, S. (1996): Vorwort. In: Dies. (Hrsg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt/M., S. 7ff.
- Biedenkopf, K. (1997): Rede des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, auf der 76. Tagung der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder am 14. Mai 1997 in Dresden. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 12, S. 813ff.
- Bielenski, H. u.a. (1997): Arbeitsbelastungen in der Erwerbsbevölkerung. Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. München
- Bogs, W. u.a. (1966): Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sozialenquete-Kommission. Stuttgart u.a.O..
- Bundesanstalt für Arbeit (1997): Strukturanalyse 1996. Bestände sowie Zu- und Abgänge an Arbeitslosen und offenen Stellen. Nürnberg
- Cuhls, K.; Blind, K.; Grupp, H. (1998): Delphi '98-Umfrage. Studie zur globalen Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Zusammenfassung der Ergebnisse. Karlsruhe

- Deutscher Bundestag (1994): Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel. Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Bonn
- Europäische Kommission (1997): Sozioökonomische Schwerpunktforschung (TSER), Arbeitsprogramm. Ausgabe 1997, o.O.
- Hahlen, J. (1996): Begrüßung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wohlfahrtsmessung – Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel. Stuttgart, S. 5ff.
- Hauser, R. (1997): Armutsberichterstattung. In: Noll, H.-H. (Hrsg.): Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. Weinheim, München, S. 19ff.
- Hösle, V. (1992): Praktische Philosophie in der modernen Welt. München
- IFS; INIFES; ISF; SOFI (Hg.) (1993): Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung '93. Schwerpunkt: Produktionsarbeit. Berlin
- INIFES; ISF; SÖSTRA (Hg.) (1998): Erwerbsarbeit und Erwerbsbevölkerung im Wandel. Anpassungsprobleme einer alternden Gesellschaft. Frankfurt/M., New York
- Karr, W. (1997): Die konzeptionelle Untererfassung der Langzeitarbeitslosigkeit. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1, 30. Jg./1997, S. 37ff.
- Kaufmann, F.-X. (1997): Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt/M.
- Kerber, M. C. (1997): Die sichtbare Hand des Staates. Staatlichkeit, Gerechtigkeit und Fortschritt im Denken von Adam Smith. In: Merkur, Heft 9/10, 51. Jg./1997, S. 949ff.
- Klauder, W. (1998): Auf die Mischung kommt es an. Flexible Arbeitsmärkte allein genügen nicht, um Beschäftigung zu schaffen. Auch die Nachfrage muß stimuliert werden. In: DIE ZEIT vom 08.04.1998, S. 26
- Knuth, M. (1998): Von der „Lebensstellung“ zur nachhaltigen Beschäftigungsfähigkeit. Sind wir auf dem Weg zum Hochgeschwindigkeitsarbeitsmarkt? In: Bosch, G. (Hg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt. Frankfurt/M., New York (im Erscheinen)
- Köhler, S.; Kopsch, G. (1997): Die Bedeutung der internationalen Vergleichbarkeit von Statistiken über die Informationsgesellschaft. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 11, S. 751ff.
- Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (1977): Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten der Kommission. Göttingen
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III – Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn
- Krugman, P. (1996): Pop Internationalism (2. Aufl.). Cambridge/Mass., London
- Mutz, G. (1996): Dynamische Arbeitslosigkeit. München (hekt. Ms.)
- Noll, H.-H. (1997): Sozialberichterstattung: Zielsetzungen, Funktionen und Formen. In: ders. (Hg.): Sozialberichterstattung in Deutschland, Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. Weinheim, München, S. 7ff.
- Renner, I. (1997): Soziale Kohärenz und Innovativität. Struktureffekte zur Akzeptanz neuer Themen in sozialwissenschaftlichen Forschungsfeldern. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1, 49. Jg./1997, S. 74ff.

- Schmitt, J.; Mishel, L.; Bernstein, J. (1998): Unterschätzte soziale Kosten, überbewertete ökonomische Vorteile des „US-Modells“. In: WSI-Mitteilungen, Heft 4, 51. Jg./1998, S. 271ff.
- Schumann, M. (1998): Rücknahme der Entwarnung. Neue Gefährdungen der Industriearbeit. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 6/7, 49. Jg./1998, S. 457ff.
- Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (Hg.) (1998): Die Sackgassen der Zukunftskommission. Streitschrift wider die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen. Berlin
- Sennett, R. (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus (4. Aufl.). Berlin
- Willke, H. (1997): Supervision des Staates. Frankfurt/M.
- Willke, H. (1996): Die Steuerungsfunktion des Staates aus systemtheoretischer Sicht. Schritte zur Legitimierung einer wissensbasierten Infrastruktur. In: Grimm, D. (Hrsg.): Staatsaufgaben (2. Aufl.). Frankfurt/M., S. 685ff.
- Zapf, W. (1998): Zu organisatorischen Problemen der Sozialwissenschaften und der Sozialberichterstattung. In: Galler, H. P.; Wagner, G. (Hg.): Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung. Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag. Frankfurt/M., New York, S. 507ff.
- Ziegler, H. (1998): Bausteine für eine Wissenschaftliche Sozialberichterstattung. In: Soziologie, Heft 2, S. 38ff.